



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/II/294 - 21. Dezember 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 22834-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Finanzlücke im sozialen Wohnungsbau	S. 1
Der kommunistische Parteikongress in Rom	S. 3
Zur Bewährungsprobe der Vereinten Nationen	S. 5
Zu einem "Emigranten-Roman" von Klaus Mann	S. 7

Sozialer Wohnungsbau in Gefahr

sp. Das Bundeswohnungsbauministerium hat in seinem Jahresbericht sehr viel von den Erfolgen im Jahre 1956 geschrieben, aber sich auffällig darüber ausgeschwiegen, was im Jahre 1957 geschehen soll, wenn nicht der soziale Wohnungsbau in eine der ernstesten Krisen hineingeraten soll.

Bis heute noch stehen unwidersprochen im Raum die Zahlen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlicht hat. Selbst wenn 1957 nur ein Programm von 500 000 Wohnungen, das sind 10 % weniger als im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1956, erstellt werden soll, muss von seinem Kapitalbedarf von rd. 11,8 Mia DM. ausgegangen werden. Der Bedarf an ersten und zweiten Hypotheken, die aus Kapitalmarktmitteln finanziert werden sollen, würde dann mit rd. 4,98 Mia DM. zu veranschlagen sein. 4,05 Mia DM müsste die öffentliche Hand (Bund, Länder, Gemeinden) finanzieren, so dass sich ein Restfinanzierungsposten von 2,8 Mia DM. ergibt. Die Kapitalsammelstellen aber werden 1957 nur in der Lage sein, 2,6 Mia DM. an Hypothekengeldern zur Verfügung zu stellen und die öffentliche Hand dürfte nach den bisherigen Plänen nur für einen Betrag von 3 Mia DM gut stehen. Somit beträgt der Fehlbetrag - von der privaten Restfinanzierung abgesehen - insgesamt rd. 3 Mia DM. Das Bundeswohnungsbauministerium hat bisher noch nicht erklären können, wie diese Finanzierungslücke geschlossen werden kann.

Es hat bisher nur zwei Massnahmen eingeleitet, die man aber nur

als Karpfischerei bezeichnen kann. Um die Mieten festzuhalten, hat es eine sogenannte Mietenbegrenzungsverordnung verabschiedet. Diese ist allerdings bereits vom Bundesrat abgelehnt worden, da man die entstehenden Mehrkosten zur Aufrechterhaltung des Höchstquadratmeterpreises für Bevölkerungsschichten mit geringen Einkommen auf DM 1,20, für den übrigen sozialen Wohnungsbau auf DM 1,43 einfach auf die Länder abschieben wollte. Dieser Weg hat sich also bereits heute, wie es die Sozialdemokraten vorausgesagt haben, als nicht gangbar erwiesen.

Zum Zweiten hat man eine neue Steuerbegünstigung zugunsten des Wohnungsbaus eingeführt, die jedoch, wenn überhaupt, höchstens mit 200 Mio DM. zu Buche schlagen wird und die höchst unerwünschte Nebenerscheinung hat, dass 50 Mio DM. Steuergeschenke an die Kreise gegeben werden, die schon ohnehin aus dem Vollen schöpfen können.

Angesichts eines Fehlbetrages von 3 Mia DM. sind das keine Auswege, Real bietet sich nur eine Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau an, die die sozialdemokratische Bundestagsfraktion schon bei der Beratung des zweiten Wohnungsbaugesetzes gefordert hat. Damals haben die Koalitionsparteien jedoch zunächst monatelang an der Fiktion festgehalten, dass auch 500 Mio DM genügen und sich erst später entschlossen, 700 Mio DM einzusetzen. Dabei waren die zusätzlichen 200 Mio DM nur in der Lage, die gestiegenen Mehrkosten seit 1953 aufzufangen.

Der Deutsche Bundestag wird sich deshalb schon Anfang des Jahres erneut mit dem sozialen Wohnungsbauproblem befassen müssen. Er kann es, nachdem die SPD-Fraktion bereits eine Grosse Anfrage eingebracht hat. Entscheidend wird dabei die Antwort der Bundesregierung auf folgende Fragen sein:

1. Ist die Bundesregierung bereit, dem Verfall des Kapitalmarktes, soweit er in der langfristigen Mittelbeschaffung für den Wohnungsbau in Frage kommt, in geeigneter Weise entgegenzutreten?
2. Ist die Bundesregierung bereit, sobald Vorschläge für den Einsatz von Haushaltsmitteln oder anderen öffentlichen Mitteln für die Anforderungen des Wohnungsbaues an den Kapitalmarkt zu machen und in welcher Höhe?
3. Erwägt die Bundesregierung den Einsatz staatlicher Sicherheitsleistungen oder von Zinszuschüssen zugunsten von Kapitalmarktmitteln für den sozialen Wohnungsbau?

Von der Antwort auf diese Fragen wird 1957 das Schicksal des sozialen Wohnungsbaus abhängen.

"Männer, die sich nicht ändern wollen"

PE - Rom, Ende Dezember

Katharina Furtsewa, die in diesen Tagen als Vertreterin Sowjetrusslands an den Achten Kommunistischen Parteikongress in Rom teilnahm, gilt als ein sehr prominentes Mitglied der russischen Parteileitung und wurde daher von den italienischen Kommunisten sehr bald halb scherzend, halb respektvoll, "Katharina die Grosse" genannt.

Jedesmal, wenn sie im Verlauf des Kongresses das Wort ergriff, wurden ihre Ausführungen von den rund tausend Delegierten mit stürmischem Applaus bedacht. Das Kuriose daran war freilich, dass Katharina Furtsewa russisch sprach und dass der donnernde Beifall jedesmal einsetzte, noch ehe die italienische Übersetzung ihres Textes vorlesen worden war. Man applaudierte also regelmässig bereits den russischen Text, den wohl nur die wenigsten der Anwesenden überhaupt verstanden und wartete die Übersetzung gar nicht erst ab. Wozu denn auch? - Je immer die Vertreterin der Sowjetunion gesagt haben mochte, war für die italienischen Kommunisten auf jeden Fall wert, enthusiastisch beklatscht zu werden.

Diese groteske Einzelheit war recht bezeichnend für den Verlauf dieses Parteikongresses, der, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, das Bild eines allgemein vorherrschenden, völlig kritiklosen Konformismus ergab. Man hatte im bürgerlichen Lager da und dort vermerkt, die Ereignisse in Ungarn müssten zu einer Gewissenskrise innerhalb der Anhängerenschaft des italienischen Kommunismus geführt haben, und diese Krise werde dem Parteikongress eine neuartige Tönung verleihen, vielleicht sogar die Stellung Fogliattis und der ganzen obersten Parteihierarchie gefährden. Doch nichts von alledem bewahrheitete sich. Die Kerne des kommunistischen Apparats behielten Recht, die von allen Anfang an versichert hatten, dieser Apparat werde auch diesmal so gut wie unbestritten das Heft in der Hand behalten.

Es darf schon als bemerkenswertes Ereignis angesehen werden, wenn diesmal überhaupt oppositionelle Stimmen auf dem Kongress zu Wort kamen, auch wenn es diesen keineswegs gelang, sich in nennenswerter Weise durchzusetzen. Da erhob sich etwa Valerio Bertini, ein einfacher Arbeiter aus Florenz und hielt eine wahrhafte Anklagrede gegen die Parteileitung, die sich jahrelang bemüht habe, die kommunistische Gefolgs-

schaft über die wahren Zustände im "Sowjetparadies" irrezuführen.

"Ihr habt uns sogar glauben machen wollen", rief Bertini, "dass die Herren in Russland mehr Eier legen als in den kapitalistischen Ländern und dass die Kühe mehr Kälber werfen! Aber wenn die ungarischen Arbeiter sich lieber von den russischen Soldaten niedernetzeln lassen, als noch länger in dem sogenannten sozialistischen Paradies zu leben, so beweist das, dass dieses Paradies in Wirklichkeit der Hölle sehr ähnlich ist!"

Weniger drastisch, aber doch nicht minder kritisch äußerte sich ein anderer Redner aus, der schon als Träger eines berühmten Namens besondere Aufmerksamkeit für sich beanspruchen konnte: der kommunistische Parlamentsabgeordnete Giolitti aus Cuneo, ein Enkel des prominenten gleichnamigen Staatsmannes der ersten Weltkriegszeit.

"Die in der Sowjetunion gemachten Erfahrungen", so sagte Giolitti, "müssen kritisch bewertet, nicht aber blind nachgeahmt werden ... Es ist unmöglich, ohne Freiheit und ohne Demokratie den Sozialismus zu errichten ... Es geht nicht an, eine Regierung wie diejenige, gegen die sich das ungarische Volk erhoben hat, weiterhin als demokratisch und sozialistisch zu bezeichnen ... Wir müssen die Dinge ändern und nicht bloß versuchen, an bereits Bestehenden zu verbessern. Und wenn gewisse Männer sich nicht ändern wollen, dann müssen sie eben ausgewechselt werden..."

Aber es sieht nach Abschluss dieses Parteikongresses keineswegs so aus, als sollten "die Männer, die sich nicht ändern wollen" tatsächlich ausgewechselt werden. Dafür hat schon Furtsewa gesorgt, die klar und deutlich zu verstehen gab, dass Togliatti weiterhin das Vertrauen Moskaus besitzt.

Wohl das erstaunlichste Dokument kommunistischer Geisteshaltung lieferte der Parlamentsabgeordnete Concetto Marchesi, der in seiner Rede allen Ernstes versicherte, in Ungarn hätten die russischen Panzer "den Weg für die Freiheit und Würde der menschlichen Person freigemacht." Marchesi machte kein Hehl aus seiner Abneigung gegen die "Stalinstalinisierung" und erklärte hämisch: "Kaiser Niberius fand seinen Hauptankläger in Tacitus; Stalin war weniger glücklich als er - sein Ankläger hieß Nikita Chruschtschow."

Marchesi dürfte damit vielen Parteigewaltigen aus der Seele gesprochen haben, denen das "Ende des Persönlichkeitskults" einen unerträglichen, mit der eigenen ärmsten Natur unvereinbaren Zustand bedeutet.

Vereinte Nationen, Ostblock und Wiedervereinigung

Im Dezemberheft der "Gewerkschaftlichen Monatshefte" befasst sich Willi Eichler, Mitglied des Vorstandes der SPD, mit der Rolle der Vereinten Nationen in der jüngsten Vergangenheit. Er schreibt dazu u.a.:

"Die Welt muss der Vereinten Nationen dankbar sein, dabei vor allem den Eingriffen Eisenhower und Kammarskjölds, die ohne Rücksicht auf die schwere Belastung des "eastern" die Angreifer verurteilten, Ägypten wieder zu verlassen, was ihrer Charakterisierung als Angreifer gleichkommt. Die Vereinten Nationen haben ihre Reputationsposition dadurch gestärkt. Auf dieser Grundlage muss weitergearbeitet werden. Die ad-hoc-Bildung und der Einsatz einer Polizeitruppe deutet auf einen schweren Mangel hin: Es fehlt den Vereinten Nationen eine militärische Macht, die für Polizeiaufgaben sofort eingesetzt werden kann. Eine Sicherheitsbehörde mit polizeilicher Exekutivgewalt muss also die eigentliche Krönung der Organisation der Vereinten Nationen sein."

Etwas später fügt er hinzu:

"Die Stärkung der UNO durch solche Behörde ist nur dann möglich, wenn man den Umfang nationaler militärischer Verteidigungsmittel durch eine kontrollierte Abrüstung dauernd herabsetzt. Das ist nicht nur eine Förderung der Sicherheit aller Völker, sondern liegt auch im Interesse der Abwärtstendenz aller Beteiligten und führt zur Erhöhung ihres Lebensstandards. Die riesigen Kosten, die heute nur für Rüstungen ausgegeben werden, könnten zur Hilfeleistung an die sogenannten unterentwickelten Länder mitverwandelt werden. Wenn eine solche Entwicklung durch die jüngsten Ereignisse in Nahen Osten und in Ungarn beschleunigt wurde, dann wären die ansehnlichen Opfer nicht vergeblich gewesen."

Dies ist das Fernziel, das Eichler aufstellt. Als Maßstab empfiehlt er nur den Blick auf Ungarn:

"Es könnten von den Vereinten Nationen einige Männer und Frauen überragender und erprobter Qualität abgeordnet werden, nach Ungarn zu gehen und als ehrliche Makler des guten Willens das Land zu befrieden suchen. Wir denken etwa an den indischen Ministerpräsidenten Nehru, den ehemaligen Ministerpräsidenten von Burma U Nu, eine hohe schweizerische Persönlichkeit - vielleicht einen Bundesrichter-, Frau Elinor Roosevelt, je einen Mann oder eine Frau aus Schweden und Österreich. Bei der ungeheuerlichen Verhärtung der Gegensätze in Ungarn, in der häufig jede Autorität zerstört zu sein scheint, muss verhindert werden, dass nach einem Aufhören des ungarisch-russischen Blutbades ein innerungarisches Blutbad einsetzt, wie etwa nach der Beendigung der ungarischen Arbeiterrepublik 1919 unseligen Angedenkens. Die Sowjetunion muss beim Wort genommen werden, denn sie hat am 30. Oktober 1956 über Radio Moskau erklärt, dass sie bereit sei, mit den Ostblock-Staaten über die Verwundung und Zurückziehung der russischen Truppen zu verhandeln, wobei

sie o. l. zugck, bei der Behandlung dieser Länder Fehler gemacht zu haben, die sie zu beseitigen wünscht."

Neuhler fährt fort:

"Der Westen sollte versuchen, mit den Ostblock-Staaten in besserem Kontakt zu kommen oder ihn herzustellen. Es liegt auch im Interesse des Westens, solche Beziehungen zu pflegen und Missverständnisse auszu-schalten, z.B. über eine "Bedrohung Osteuropas durch ein wiederver-einigtes Deutschland".

Was die Wiedervereinigung Deutschlands selber angeht, so hat es einige unverantwortliche Stimmen gegeben, die gemeint haben, nur ein Aufstand in der Sowjetzone, ähnlich dem in Ungarn, könnte die deutsche Wiedervereinigung bringen. Zum Glück sind diese Stimmen nur vereinzelt laut geworden und wurden von der deutschen Öffentlichkeit zurückge-wiesen. Die Bevölkerung der SBZ hat durch den Aufstand vom 17. Juni 1953 aufgezeigt, was sie von dem sowjetischen Regime hält. Durch Verhandlungen mit der Sowjetunion muss man zu erreichen suchen, dass die Westlini-sierung auch in der SBZ stattfindet, immer unter Berufung auf das, was die Sowjetregierung selber als ihre eigene Politik feierlich verkündet hat. Die Sorge vor dem Zerfall ihres Ostblock-Systems treibt die So-wjets übrigens nicht zu hindern, der Wiedervereinigung Deutschlands zu-zustimmen - ein gespaltenes Land zusammenzufügen ist etwas anderes, als ein System von Bündnissen national geeinter Staaten zu zerreißen. Zu-dem ist die Sowjetunion auch rechtlich verpflichtet, die Wiedervereini-gung Deutschlands mit zustande zu bringen! Freilich wird sie ihr nie-mals zustimmen, wenn die Möglichkeit besteht, dass das wiedervereinigte Deutschland der NATO angehört! Aber ein kollektives Sicherheitsystem in Europa wäre geeignet, allen Sicherheitsbedürfnissen - auch der der Ostblock-Staaten - zu genügen.

Manche werden einwenden, die Sowjetunion werde sich friedlichen Versuchen dieser Art nicht öffnen. Das bleibt zunächst einmal abzuwar-warten! Auf alle Fälle wird jede "Politik der Stärke" aus dem Westen die Lage der "Liberalisierer" im Osten verschärfen - Kholotows "come back" zeigt deutlich diese Gefahr! Vor allem aber kann man den Zweiflern nur entgegnen, dass ja auch die Sowjetunion auf den Teil der Weltöffent-lichkeit Rücksicht nehmen muss, der - ähnlich wohlwollend - doch nicht zu ihrem Block gehört, nämlich auf die farbigen Völker. Die Entwick-lung zum "besonderen Weg zum Sozialismus" wird von ihnen, auch soweit sie Kommunisten sind, bejaht und begrüßt. Und wenn schon nicht im In-teresse der Beziehungen zum Westen, so doch mit Rücksicht auf die zur Nation und Fernen Osten wird die Sowjetunion bereit sein müssen, so viel Zugeständnisse zu machen, wie sie machen kann, ohne ihren eigenen politi-schen Zerfall zuzustimmen. Und sie wird um so mehr Zugeständnisse machen müssen und machen können, je mehr der Westen durch unbegründete und großzügige Hilfe an die farbigen Völker diese überzeugt, dass er mindestens so viel Sympathien verdient wie der Sowjetblock!"

"Der Vulkan"

E.R. Den Buche, das erst 18 Jahre nach seinem ersten Erscheinen im Exil nun auch in der Bundesrepublik herauskam, ist ein lobender Brief des Vaters, Thomas Mann, vorausgeschickt. Darin heisst es u.a. auch, der "Vulkan" sei "als Emigrationsroman konkurrenzlos", Nichts gegen diese und die weitere Charakteristik Thomas Manns, die 1958 geschrieben wurde. Aber schon damals wäre über die Erscheinungen der deutschen Emigration von 1933 viel mehr zu sagen gewesen, als Klaus Mann aus seinem Blickwinkel und nach seiner besonderen Art sagen konnte.

Der "Vulkan" war schon damals nicht "ein Roman der Emigration", sondern der Roman eines Exilierten, der mit besonderer Vorliebe und Einfühlungskunst ausgefallene und abscheuliche Schicksale erzählte. Daneben treten die traurigen, erschütternden, tragikomischen und ermutigenden Bilder, die diese Emigration in ihren Zentren viel allgemeiner kennzeichneten, zurück. Einige Einzelheiten mögen akzeptabel sein. Von der eigentlichen politischen Emigration, von ihrem Rute und ihrer Driftigkeit, ihrer Grundsetztraue und ihrer Lernbereitschaft und ihrer insgesamt schrecklichen Erfolglosigkeit wusste Klaus Mann nicht genug. Er brauchte es auch nicht zu wissen.

Es wäre auch müssig, nach dem Tode des Autors darüber zu rechten, ob er 1938, als neue Scharen von Flüchtlingen aus Österreich und der Tschechoslowakei in eine gar nicht mehr aufnehmbare Welt zu strömen begannen, eben der von ihm gepriesenen deutschen Emigration nicht hätte schaden können, als er ihre morbiden Randfiguren liebevoll bevorzugte.

Heute könnte, da die nationalsozialistische Diffamierung der Emigranten mangelnde zutreffender Kenntnis der tatsächlichen neuen Leben zu bekommen scheint, Klaus Manns "Emigranten-Roman", als welcher er überraschenderweise präsentiert wird, den bewilligten Simplifikateuren und neuen Giftmischern willkommenes Nahrungsmittel liefern. Deswegen ist es nötig zu sagen: Was Klaus Mann schildert, war nicht die Emigration jener Jahre. Der Autor selber hat das auch nie behauptet, als er einige Bilder daraus als Hintergrund für Geschichten verwendete, die mit der Emigration und jenen Jahren überhaupt nichts zu tun haben. Klaus Mann mag zu dem Treibholz jener Zeit eine gewisse innere Verwandtschaft empfunden haben. Aber dadurch wird, was er schreibt und beschreibt, zumindest in diesem Fall nicht gültiger und verbindlicher.

Das erzählerische Werk Klaus Manns brauchte nicht in Vergessenheit zu geraten, wenn man einige seiner Bücher - wie etwa den Schlüsselroman über seinen ehemaligen Schwager Gründgens, und zum Teil auch den "Vulkan" abgeben sein liess. Gegenwärtig jedenfalls sollte das Buch nicht als "konkurrenzloser Emigrationsroman" herausgehoben werden und damit einer nicht kleinen Gruppe das Bild dezenter Vaterlandsflucht bestätigen, das sie allzu gern beschäftigt haben möchte.

Was soll der Unsinn?

D. Str. Der "Deutschland-Union-Dienst" der CDU kühnte sich be-
müsstigt, eine Entgegnung auf das Interview Erich Ollenhauers im "Bay-
rischen Rundfunk" über das Problem der Wiedervereinigung in Verbindung
mit der Mitgliedschaft der deutschen Teilstaaten in verschiedenen poli-
tischen Machtblöcken zu schreiben. Ganz abgesehen davon, dass die Kanz-
lerpartei sich nunmehr auch zu einem System der kollektiven Sicherheit
bekennt, der Weg dahin aber nur über den schwenkenden Steg der NATO
finden will, was ein Widerspruch in sich ist, verwehrt sich der DUD
dagegen, dass Erich Ollenhauer NATO und Warschauer Pakt gleichgesetzt
habe. Diese Gleichsetzung sei eine sozialdemokratische Diktion der
letzten Zeit. Die NATO, so schreibt der DUD, beruht auf einem freiwillig
eingegangenen Vertrag freier Völker, während der Warschauer Pakt hinge-
gen nichts anderes als ein demokratisch getünchtes Firmenschild sei,
das die absolute Diktatur Moskaus über die seiner Herrschaft unter-
worfenen Völker Osteuropas vermelden soll.

Wir sind überzeugt davon, dass in der CDU genügend Juristen vor-
handen sind, die das Problem des Innen- und Außenverhältnisses in
vielen Fällen des Zivil- und Handelsrechtes kennen. Dann wird nämlich
auch dem DUD klarwerden, dass es für die Rechtsfindung meistens darauf
ankommt, wie man nach aussen hin auftritt. Unstredig ist der War-
schauer Pakt im Innenverhältnis so zu charakterisieren wie der DUD es
getan hat. Aber das spielt in der Realpolitik keine Rolle. Es kommt
vielmehr darauf an, wie der Warschauer Pakt nach aussen hin auftritt.
Und dabei spielt sein Innenverhältnis, seine Vertragsform, keine Rolle.
Warum also streut die Kanzlerpartei sich und dem deutschen Volk Sand in
die Augen mit solchen landesüblichen Politiken gegen die realpolitisch
fundierten Aussagen des SPD-Vorsitzenden? Schliesslich ist doch nicht
zu leugnen, dass beide Verbindungen, wenn auch brüchige, Paktssysteme
darstellen, die nach aussen hin gleich zu gelten sind. Ob ihre militä-
rische Kraft nur auf freiem Verhandlungswege oder auf dem Wege der po-
litischer Nötigung zustandekommen ist, ist doch für die Beurtei-
lung der internationalen Weltlage nur von sekundärer Bedeutung. Was
also soll's mit diesem Wortespiel?

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau